

# Vorwort

Manfred Budzinski

Im Herbst 1980 legte der Generalsekretär der Vereinten Nationen der Generalversammlung einen Bericht über Kernwaffen vor.<sup>1</sup> In der Zusammenfassung unter der Überschrift »Die ständige Bedrohung der Menschheit« heißt es u. a.: »Der Anbruch des Atomzeitalters hat gleichzeitig den enormen Nutzen der Kernenergie und die fatale Fähigkeit zur Auslöschung der Menschheit mit sich gebracht. Die Zerstörung von Hiroshima und Nagasaki hat sowohl mit ihren unmittelbaren wie auch ihren langfristig andauernden Schrecken auf tragische Weise ein nukleares Zerstörungspotenzial praktisch vor Augen geführt, das – nach heutigen Maßstäben – noch als gering anzusehen ist. Ein Jahr vor diesen Ereignissen hat der dänische Atomphysiker und Nobel-Preisträger Niels Bohr gleich lautende Briefe an den amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt und den britischen Premierminister Winston Churchill geschickt, in denen er schrieb: »Schwer wiegende Bedeutung hat die Tatsache, dass man dabei ist, eine Waffe von beispielloser Zerstörungskraft zu bauen, die alle künftigen Bedingungen der Kriegsführung vollkommen verändern wird [...] Falls es nicht gelingt, rechtzeitig ein Abkommen über die Kontrolle der Nutzung der neuen, höchst radioaktiven Materialien zu schließen, so wird jeder kurzfristige Vorteil, so groß er auch sein mag, durch die ständige Bedrohung der Menschheit bei weitem übertroffen.« Diese prophetischen Worte blieben jedoch ungehört zu einer Zeit, als die Welt vor dem Ende des bis dahin zerstörerischsten Krieges stand.«<sup>2</sup>

Bereits in der zehnten Sondertagung der Generalversammlung wurde am 30. Juni 1978 ein Schlussdokument (Resolution S-10/2) angenommen, das ein Novum in der UN-Geschichte war, ein Aktionsprogramm zur Abrüstung. Erste Priorität hatte darin die nukleare Abrüstung. In dem Dokument heißt es: »Die Kernwaffen stellen die größte Gefahr für die Menschheit und für das Überleben der Zivilisation dar. Es ist unerlässlich,

---

<sup>1</sup> Die UNO-Studie: Kernwaffen. München 1982.

<sup>2</sup> Ebd., S. 198.

in all seinen Aspekten das Wettrüsten mit Kernwaffen einzustellen und diesen Prozess in die umgekehrte Richtung zu lenken, um die Gefahr eines Krieges mit Kernwaffen abzuwenden. Das Endziel ist in diesem Rahmen die vollständige Beseitigung aller Kernwaffen.«<sup>3</sup> Begründet wird dies mit dem Satz: »Ein dauerhafter Weltfrieden und eine dauerhafte internationale Sicherheit können weder auf der Anhäufung von Waffen durch Militärbündnisse aufbauen noch durch ein prekäres Gleichgewicht der Abschreckung oder Doktrinen der strategischen Überlegenheit aufrechterhalten werden.«<sup>4</sup>

Die Studie von 1980 schreibt diese Einschätzung wie folgt fort: »Selbst wenn das Gleichgewicht der Abschreckung eine vollkommen stabile Erscheinung wäre, gäbe es starke moralische und politische Gründe gegen ein anhaltendes Vertrauen in dieses Gleichgewicht. Es ist schlicht unzulässig, dass einige Staaten die Aussicht auf die Auslöschung der menschlichen Zivilisation dazu benutzen, ihre eigene Sicherheit zu erhöhen. Die Zukunft der Menschheit wird somit als Geisel genommen für die vermeintliche Sicherheit einiger weniger Kernwaffenstaaten und ganz besonders der beiden Supermächte. Es ist außerdem inakzeptabel, auf unbegrenzte Zeit ein Weltsystem mit Kernwaffenstaaten und Nicht-Kernwaffenstaaten zu etablieren. Gerade dieses System trägt in sich die Saat der Weiterverbreitung von Kernwaffen. Auf lange Sicht enthält dieses System folglich die Ursache seiner eigenen Zerstörung.«<sup>5</sup>

Die Glaubwürdigkeit und die Bemühungen der Atomwaffen besitzenden Staaten – und das sind vor allem die fünf Veto-Mächte im UN-Sicherheitsrat – um Nichtverbreitung von Atomwaffen sowie um deren Abschaffung stehen nach wie vor auf der Tagesordnung. Denn – wie eine vom früheren UN-Waffeninspekteur Hans Blix geleitete internationale Experten-Kommission im Juni 2006 feststellte – »solange auch nur ein Staat sie hat, werden auch andere sie wollen.«<sup>6</sup> Sie fuhr fort: »Die Erfindung der Atomwaffe kann zwar nicht rückgängig gemacht werden, aber

---

<sup>3</sup> Ebd., S. 15.

<sup>4</sup> Ebd., S. 201.

<sup>5</sup> Ebd., S. 201 f.

<sup>6</sup> Der Tagesspiegel, 3.6.2006.

diese Waffen können geächtet werden, wie das bei biologischen und chemischen Waffen bereits der Fall ist, so dass es undenkbar wird, sie zu benutzen.«

Dazu passt es natürlich nicht, wenn der französische Präsident Jacques Chirac im Januar 2006 Staaten mit dem Einsatz von Atomwaffen drohte, wenn sie ihrerseits »mit terroristischen Methoden oder Massenvernichtungswaffen drohen.«<sup>7</sup> Friedensnobelpreisträger Mohammed El-Baradei, Generaldirektor der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO), prangerte deshalb im Juni 2006 die Heuchelei der Atommächte an: »Mit dem Besitz der Bombe ist es wie mit der Nikotin-Sucht [...] Es geht nicht an, selbst weiter zu rauchen und allen anderen zu sagen, sie sollten aufhören [...] Man muss mit gutem Beispiel vorangehen.«<sup>8</sup>

Und bei uns in Deutschland? Der Vorstoß des früheren Bundesverteidigungsministers Rupert Scholz, »ernsthaft zu erwägen, die Bundeswehr mit Atomwaffen auszustatten«<sup>9</sup>, stieß glücklicherweise in seiner eigenen Partei, beim Koalitionspartner und der Opposition auf einhellige Kritik. Andererseits trainiert die Bundeswehr weiterhin im Rahmen der nuklearen Teilhabe in einem Jagdbomber-Geschwader in Büchel die »atomare Abschreckung«<sup>10</sup>.

Das Thema dieser Tagung ist mehr als aktuell, weshalb ich noch einmal auf die UN-Studie von 1980 zurückkomme: »Solange wir uns darauf verlassen werden, dass das Konzept des Gleichgewichts nuklearer Abschreckung ein Mittel zur Aufrechterhaltung des Friedens ist, solange sind unsere Aussichten für die Zukunft dunkel und bedrohlich und so unsicher wie die brüchigen Annahmen, auf denen sie beruhen.«<sup>11</sup>

Dies zu diskutieren und Lösungsansätze zu suchen war das Ziel der Tagung, die mit diesem Band dokumentiert wird.

In seinem Beitrag »Atomwaffen sind ein Verbrechen gegen die Menschheit« geht Sören Widmann zunächst auf die aktuelle Stimme der christlichen Kirchen und ihre Nichtbeachtung durch die Medien ein: die

---

<sup>7</sup> Frankfurter Rundschau, 20.1.2006.

<sup>8</sup> Frankfurter Rundschau, 27.6.2006.

<sup>9</sup> Stuttgarter Zeitung, 21.7.2006.

<sup>10</sup> Süddeutsche Zeitung, 31.3.2006.

<sup>11</sup> Die UNO-Studie 1982, S. 209.

neunte Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Porto Alegre im Februar 2006 und die Friedensbotschaft von Papst Benedikt XVI. zum Weltfriedenstag am 1. Januar 2006. Anschließend stellt er dar, wie die Nuklearrüstung der vergangenen 60 Jahre von einem kritischen Widerspruch der Ökumene, aber auch von verständnisvoller Duldung durch die Kirchen in der Bundesrepublik begleitet wurde.

Peter Becker befasst sich mit dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofes und dessen zentraler Aussage, dass Atomwaffen generell völkerrechtswidrig sind. Dabei erläutert er die Entstehungsgeschichte des Gutachtens, die Lobbyarbeit internationaler Organisationen von Juristinnen und Juristen, die Abstimmung in der Generalversammlung der Vereinten Nationen und die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes, seine Beweggründe und die Folgen dieser Entscheidung. Schließlich berichtet er von neuen Initiativen, ein weiteres Gutachten des Internationalen Gerichtshofes zu erhalten.

Detlev Bald stellt angesichts der Aussage von John F. Kennedy »Entweder wir schaffen die Atombombe ab oder die Atombomben schaffen uns ab« die Geschichte der nuklearen Auf- und Abrüstung von Hiroshima bis New York vor. Er erörtert die machtpolitische Legitimation innerhalb der Schranken der Konventionen der Haager Landkriegsordnung wie auch die Frage nach der Glaubwürdigkeit der Sicherheit (»Gleichgewicht des Schreckens«) und die »Schlacht der Laboratorien« (US-Präsident Truman). Einen Schwerpunkt legt er außerdem auf die Militärplanung der Bundeswehr sowie die Funktion von Atomwaffen in der Gegenwart.

Otfried Nassauer spricht die Rolle von Atomwaffen in Deutschland und in Europa an. Er beginnt mit der für 2010 geplanten Überprüfungskonferenz zum Atomwaffen-Sperrvertrag und stellt die möglichen Folgen eines Scheiterns wie im Jahr 2005 dar: Weitere Staaten würden dann Atomwaffen wollen. Die NATO sehe in Atomwaffen derzeit weitestgehend politische Waffen, auch wenn in ihren Strategiepapieren von 1991 und 1999 nicht auf einen Ersteinsatz von Atomwaffen verzichtet wurde. Er beschreibt detailliert, wo und welche Atomwaffen in Europa gelagert sind, geht auf die Rolle der substrategischen Atomwaffen in der NATO-Strategie ein und kommentiert das von der Regierung des derzeitigen US-

Präsidenten eingeläutete neue Atomzeitalter. Er sieht die NATO in Bälde vor der Entscheidung, atomar abzurüsten oder zu modernisieren. Es beginne dort eine Diskussion über die Notwendigkeit neuer nuklearfähiger Flugzeuge, in der Bundeswehr über ein Ausscheiden aus der nuklearen Teilhabe ab 2012.

Andreas Zumach beschäftigt sich mit der Gegenwart der nuklearen Aufrüstung und konzentriert sich dabei auf den Iran-Konflikt und darauf, welche gravierenden Folgen es für die Region hätte, wenn der Iran Atomwaffen besäße. Er beschreibt die Gefahr eines Krieges gegen den Iran mit dem Einsatz von US-amerikanischen und israelischen Atomwaffen und weist auf mögliche Folgen für die Friedensbewegung hin. Er erläutert, warum der Iran so wichtig ist, warum er Atomwaffen will und ob dies überhaupt politisch und ökonomisch sinnvoll wäre. Abschließend diskutiert er mögliche Lösungen des Konfliktes.

Peter Hahnfeld prüft Chancen und Möglichkeiten eines Atomwaffenverbots in der Verfassung. Dabei gibt er zunächst einen Rückblick auf die bundesdeutsche Nachkriegsgeschichte im Hinblick auf Atomwaffen, bevor er auf rechtliche Schranken im Völkerrecht und im deutschen Recht für eigene oder die Mitverfügung an fremden Atomwaffen und mögliche Ergänzungen im Grundgesetz eingeht.

Wolfgang Schlupp-Hauck zieht eine Bilanz der Kampagne »Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen« in Kooperation mit den »Mayors for Peace«. Er stellt die »Mayors for Peace« vor, ihre Arbeitsziele und ihre neuen Handlungsansätze in Deutschland und auf der internationalen Ebene. Wichtig seien Anstöße engagierter Bürgerinnen und Bürger aus den Kommunen und aus der Friedensbewegung.

Roland Blach beschreibt die jüngere Geschichte des Atomwaffenstandortes Büchel und gibt einen Überblick über gewaltfreie Aktionen und deren juristische Folgen. Er konstatiert einen allmählichen Bewusstseinswandel in der Region und geht auf neue Protestformen ein.

Julia Kramer und Tobias Bollinger berichten vom europäischen Jugendnetzwerk für atomare Abrüstung und konzentrieren sich auf bisherige Jugendaktivitäten, vorhandene Materialien sowie Ideen für eine Aufklärungskampagne unter Jugendlichen. Thesen und offene Fragen sowie

konkrete Pläne und Aktionsideen schließen sich an.

Mit dem Thema »Vision 2020 – die nächsten Schritte auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt« wurde die Tagung abgeschlossen. Die Teilnehmenden des Podiums gehen mit Statements darauf ein:

Harald Leibrecht hält die Bevölkerung noch nicht genügend für das Thema sensibilisiert. Im Unterausschuss für Abrüstung im Deutschen Bundestag bestehe ein Konsens bezüglich der Abschaffung von Atomwaffen.

Peter Seyfried erläutert den mühsamen, aber auch erfolgreichen Prozess, weitere (Ober-) Bürgermeister für die Initiative »Mayors für Peace« zu gewinnen. Dabei helfe oft der persönliche Kontakt.

Regina Hagen stellt ihre Vision des Jahres 2020 – die einer atomwaffenfreien Welt – und die einzelnen Schritte dorthin vor. Sie freut sich schon auf ein Überbrückungsprogramm der Regierung für arbeitslose Abrüstungsexpertinnen und -experten.

Rüdiger Lüdeking geht nach der Vision auf das Machbare ein. Er stellt die Hintergründe und Ziele der Bundesregierung in Richtung Abschaffung von Atomwaffen vor, berichtet von früheren eher erfolglosen Verhandlungen und konzentriert sich auf die nächsten Schritte, um die nukleare Abrüstung voranzubringen. So widmet er sich der Wiederbelebung der Abrüstungskonferenz in Genf, dem Anschluss an den START-I-Vertrag, der Inkraftsetzung des umfassenden Teststoppvertrages wie auch Schritten zur Stärkung der Nichtverbreitungsverpflichtung, u. a. eine bessere Entdeckbarkeit von Vertragsverletzungen und die Vermeidung des Missbrauchs ziviler Nuklearprogramme.

Andreas Körner stellt die Krise der nuklearen Abrüstung fest, nachdem es bis 1991 zahlreiche Fortschritte zur Abrüstung gegeben hatte. Atomwaffen würden heute zumindest von den USA als Kriegsführungswaffen betrachtet. Statt der Vision 2020 von einer Welt ohne Atomwaffen, sei eher eine Welt mit 20 bis 25 Atomwaffenstaaten zu befürchten. Deshalb fordert er nicht nur den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland, sondern eine Entnuklearisierung der Sicherheitsstrategien und den Ausstieg aus der zivilen Nutzung der Atomenergie.